

„Lieber sterben als (..) gedemütigt“

von J. Geffers 9-10/2014, S. 54

Wir wissen hinlänglich, dass es Diskriminierung und gesellschaftliche Versäumnisse und viele Missstände im Bildungs- und Beschäftigungssystem gibt; damit ist aber die Entscheidung für eine islamfaschistische Mörderkarriere nicht erklärt. Kollege Geffers deutet es immerhin an: Es gibt keine zwingende kausale Wirkungskette von der sozialen Lage zu einem bestimmten Verhalten. Dazwischen liegen Alternativen und persönliche freie Entscheidungen. Und bei diesen Entscheidungen spielen viele Einflussfaktoren eine Rolle. Letztlich wählt man aber selbst. Schließlich geben wir auch den Nazi-Schergen keinen Rabatt für schwere Kindheits- und Jugendjahre.

Trotzdem bringt Kollege Geffers das Kunststück fertig, auch noch den IS-Nachwuchs als Produkt unserer Gesellschaft zu erklären. Wie verhält es sich dann mit den Gewaltpotentialen innerhalb des islamischen Milieus und der islamischen Kultur selbst, haben diese nichts mit der Rekrutierung von IS-Mördern zu tun? Was haben die Islamverbände, die Moscheegemeinden, die Prediger und die moslemischen Familien dagegen unternommen? Und was das Scheitern in der Schule und im Leben betrifft: Unter eingewanderten oder hier geborenen jungen moslemischen Menschen sind mir als Lehrerin neben einer großen Anzahl lernerfriger Jungen und (vor allem) Mädchen nicht wenige begegnet, die unsere Schulwirklichkeit missachteten, unsere Liberalität

missbrauchten. Mit ihrem Macho- und Prinzengehabe haben sie sich selbst eine Falle gestellt. In den Herkunftsländern dieser Familien würde es niemandem einfallen, die Erklärung für unbefriedigende Leistungen beim Lehrer oder bei der Gesellschaft zu suchen. Hier aber schon. Sie sind weder von ihren Eltern noch von ihrer islamischen Umgebung darauf vorbereitet und angehalten worden, sich anzupassen und ihre Chancen zu nutzen. Sie haben es nicht gewürdigt, dass sie bei uns alle Schularten bis zur Universität besuchen können, ohne dafür viel Geld zu bezahlen, ganz im Gegensatz zu den Herkunftsländern. Stattdessen machen sie für ihr Scheitern diese Gesellschaft verantwortlich, flüchten sich in Paranoia und finden dabei scheinbare Begründungen, wie wir sie bei Geffers nachlesen können. Und einige von ihnen (übrigens nicht nur Gescheiterte!) übernehmen dann eben extremistische Lebenssinn-Angebote aus dem schlimmsten Fundus des islamistischen Spektrums.

Übrigens konnten die jugendlichen Asylbewerber, die ich unterrichtet habe, eine solche Negierung der Chancen in dieser Gesellschaft nicht begreifen. Ich konnte ihnen keine andere Erklärung anbieten, als dass es sich in der Regel um bildungsferne Schichten handele. Die Bildungsmotivation und -fähigkeit herzustellen, ist Aufgabe der Lehrer und der Gesellschaft. Schon recht, Kollege Geffers. Aber dass wir sie nun bei der unvollkommenen Bewältigung dieser Aufgabe direkt in die Arme des IS getrieben hätten, vermag ich nicht zu erkennen.

ANNELIESE KLUMBIES

plattmachen

Noch in diesem Jahr will „Schulbau Hamburg“ 74 der schlimmsten Schulgebäude abgerissen haben, im nächsten Jahr sollen 79 Gebäude folgen, 2016 noch mal 57. Das hat CDU-Schulexperte Robert Heinemann (40) jetzt mit einer Anfrage an den Senat herausgefunden. Heinemann macht sich Sorgen um den Zustand der Schulgebäude. Mehr als 830 (27 Prozent) haben in einer internen Untersuchung der Stadt so schlecht abgeschnitten, dass sie die Schulnoten „Mangelhaft“ oder „Ungenügend“ bekommen haben. Der Senat verspricht Besserung: Bis 2019 will er jedes Jahr rund 300 Mio. Euro in die Schulgebäude investieren.

sittenwidrig

Die Schulbehörde zieht ein umstrittenes Handbuch zum Sexualkunde-Unterricht vorläufig zurück. Damit reagiert die Behörde auf die Kritik von Politikern und Publizisten.

Das Buch heißt „Sexualpädagogik der Vielfalt“ und hat zu einer heftigen Diskussion geführt, wie weit Aufklärungsunterricht im Jahr 2014 gehen darf. Kritiker hinterfragen, ob beispielsweise 14-Jährige im Unterricht schon über Oralsex, Vaginalkugeln, Herrentangas und Lederpeitschen sprechen sollten. Das Lehrbuch stand auf der Literaturliste des Hamburger Lehrer_inneninstituts.

professioneller

Der Anteil der Gymnasiallehrer_innen an Stadtteilschulen von derzeit rund 40 Prozent soll nach Auffassung von Senator Rabe „deutlich in Richtung 50

Ausbildungsplätze – Wo bleiben sie denn?

Garantie sieht anders aus

	2010/2011	2011/2012	2012/2013	2013/2014
Gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen	7.545	8.365	8.446	9.221
einmündende Bewerber	3.270	3.718	3.766	3.899
Einmündende in % aller Bewerber	43,3%	44,4%	44,6%	42,3%
Gemeldete Berufsausbildungsstellen	9.550	10.625	10.936	9.698
unbesetzte Berufsausbildungsstellen im Monat	97	169	669	483

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Dez. 2014

Besonders wichtig darin sind die Zahlen für die Berufsausbildungsstellen, „Bewerber“, die Einmündenden (das sind diejenigen Bewerberinnen und Bewerber, die auch tatsächlich einen Ausbildungsplatz bekommen haben) und die unbesetzten Berufsausbildungsstellen. Zu beachten ist, dass es sich bei den „Bewerbern“ allesamt um Jugendliche handelt, die sich bei der Arbeitsagentur gemeldet haben und die von der Arbeitsagentur als „geeignet“ für eine Ausbildung getestet worden sind. Im letzten Berufsberatungsjahr 2012/2013 sind von den 15.200 „Ratsuchenden“ in Hamburg etwa 6.700 Jugendliche (= 44 %) als ungeeignet aussortiert worden. Weiterhin ist zu beachten, dass nur „Bewerber“ aus Hamburg gezählt werden. Über 40 % der Ausbildungsplätze in Hamburg gehen an Jugendliche aus dem Umland.

Prozent“ erhöht werden. Außerdem soll der Mathematikunterricht spätestens von Klasse sieben an grundsätzlich von Fachlehrer_innen gegeben werden. Derzeit wird jede sechste Mathestunde in den Klassenstufen fünf bis zehn der Stadtteilschulen von einem Pädagogen oder einer Pädagogin erteilt, der oder die das Fach nicht studiert hat.

uninteressiert...

Einer Langzeitstudie der Universität Konstanz zufolge ist das allgemeine politische Interesse unter Student_innen seit den 90er-Jahren geradezu eingebrochen. Nach einer Befragung von 5.000 Hochschul_innen, kommen Wissenschaftler_innen der Universität Konstanz zu dem Ergebnis, dass das politische Interesse von Studierenden gegenwärtig einen Tiefpunkt erreicht habe. Demnach stuft nur ein Viertel der Befragten ihr Interesse an Politik als „sehr stark“

ein, 1993 waren es 46 Prozent. Expert_innen nennen unter anderem als Ursache das durch die Bologna-Reform verschulte Studium, in dem es immer mehr um die Jagd nach Punkten ginge, statt um eine intellektuelle Auseinandersetzung mit den Inhalten. Auffallend sei, dass das Interesse an Karriere, Konsum und ‚besserem Leben‘ immer mehr in den Vordergrund rücke.

...aber zufrieden...

Trotz überfüllter Universitäten ist die große Mehrheit der Student_innen mit ihrem Studium zufrieden. Eine Studie der Universität Konstanz im Auftrag des Bundesforschungsministeriums besagt, dass 78 Prozent der Befragten die inhaltliche Qualität des Lehrangebots positiv bewerten. 2001 waren es 64 Prozent. Mit der Durchführung der Lehrveranstaltungen zeigten sich 65 Prozent zufrieden (2001: 46 Prozent), die Betreuung und Beratung durch das Lehrpersonal

wurde von 58 Prozent als positiv beurteilt (2001: 39 Prozent). Hauptwunsch der Studierenden ist mehr Praxiserfahrung.

...oder doch ganz anders

Der Sprecher des Freien Zusammenschlusses von Student_innenschaften, Sandro Philippi, widerspricht der Fundamentalkritik an den angeblich unpolitischen Hochschul_innen: „Es gab noch nie so viel politisches Bewusstsein unter Studierenden wie heute“, sagte Philippi. Studierende machten sich viel mehr Gedanken über Geschlechterverhältnisse und gendergerechte Sprache als noch vor zwanzig Jahren. Auch der Berliner Sozialwissenschaftler und Aktivist Peter Grottian sieht keine grundsätzliche Trendumkehr: Es sei schon immer so gewesen, dass eine politisierte Minderheit die anderen mitgezogen habe, sagte Grottian. „Die 68er werden heroisiert.“